

„Klasse neu denken“

Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und -politik, Jena, 9. und 10. November 2018

Wenn heute der Klassenbegriff unter dem Eindruck der anhaltenden Krise des Kapitalismus innerhalb der Linken eine Renaissance feiern kann, dann nicht zuletzt auch angesichts der Bedrohung, die von der Mobilisierungskraft rechtspopulistischer und mitunter offen rassistischer und islamfeindlicher Parteien in weiten Teilen Europas ausgeht. Während linke Kräfte den Klassenbegriff lange Zeit vernachlässigten, widmen sich immer öfter rechte Denker wie Benedikt Kaiser der ‚sozialen Frage‘, um sie für politische Projekte von rechts fruchtbar zu machen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die Revitalisierung der Klassendebatte eine essentielle Aufgabe sowohl linker Politik als auch kritischer Wissenschaft. Dabei stellt sich die Frage, was es heute überhaupt bedeutet, ‚Klasse‘ wieder von links zu denken, und welche wissenschaftlichen Analysen, politischen Strategien und Ziele damit verbunden sind.

Unter der Devise „Klasse neu denken“ luden das 2018 gegründete „Projekt Klassenanalyse Jena“ (PKJ) des Instituts für Soziologie der Universität Jena und das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 9. und 10. November zum Dialog über ‚Klasse‘ ein. Die zweitägige Veranstaltung, an der über 120 Personen teilnahmen, sollte den Grundstein für neue Forschungs- und polit-strategische Überlegungen rund um das Thema ‚Klasse‘ legen. Die Tagung wechselte zwischen Vorträgen und parallel stattfindenden Workshops, welche die Frage nach der heutigen Klassenwirklichkeit analytisch, politisch und theoretisch aus unterschiedlichen Perspektiven aufgreifen sollten.

Den inhaltlichen Auftakt bildete ein Diskussionsaufschlag von *Klaus Dörre* (Jena). In seinen zeitdiagnostischen Thesen zur „demobilisierten Klassengesellschaft“¹ konstatierte er u.a. die Notwendigkeit einer marxistisch inspirierten Klassentheorie, die gegenüber Modellen sozialer Schichtung verschiedene Kausalmechanismen sozialer Ungleichheit innerhalb kapitalistischer Gesellschaften hervorhebt. Anschließend lieferte *Nicole Mayer-Ahuja* (Göttingen) Einblicke in ihre empirische Forschung zur Strukturierung der lohnabhängigen Klasse in Deutschland. Hierbei verdeutlichte sie eindringlich, was es im Konkreten bedeutet, von einer Fragmentierung der Lohnabhängigen zu sprechen. Ausgehend von ihrer Diagnose, die soziale Mobilität nehme allgemein ab, wodurch sich die Polarisierung innerhalb der Lohnabhängigen verschärfe, formulierte sie weiterführende Fragen und verwies auf (potentiell) verbindende Momente, von denen Klasse und Klassenanalyse weiterzudenken seien, um diese für konkrete Politik fruchtbar zu machen. Die anschließende Workshop-Phase bot die Gelegenheit, Klassenverhältnisse aus je spezifischen Blickwinkeln zu betrachten: dabei wurde über das Klassenbewusstsein und Gesellschaftsbild deutscher Lohnabhängiger, die Produk-

¹ Vgl. Klaus Dörre, Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft. Neun Thesen aus dem PKJ, in: Z 116 (Dezember 2018), S. 40-50.

tivkraftentwicklung und internationale Neuzusammensetzung der Klasse sowie über neue Konfliktlinien um ‚Klasse‘ angesichts der veränderten sozialen Zusammensetzung der lohnabhängigen Klasse in der BRD diskutiert.

Im Rahmen einer Abendveranstaltung referierten *Michael Vester* (Hannover) und *Ulf Kadritzke* (Berlin) zum Verhältnis von Klasse, Klassenfraktion und Milieu. Beide Vorträge griffen zentrale theoretische und analytische Aspekte der in Teilen vergessenen Debatten auf. Während Vester für ein mehrdimensionales Klassenmodell plädierte, das den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnis abbildet, forderte Kadritzke eine Sozialstrukturanalyse, im Rahmen derer Felder identifiziert werden, die geteilten Klasseninteressen Rechnung tragen.

Der zweite Konferenztag begann mit Workshops, die sich einerseits mit der Beziehung der radikalen Rechten zur ‚sozialen Frage‘ und andererseits mit Klassen- und Naturverhältnissen befassten. Zu letzterem Schwerpunkt diskutierten die Teilnehmenden gemeinsam mit *Richard York* (Oregon, USA) und *Markus Wissen* (Berlin/Jena) u.a. die Frage, inwiefern ökologische Kämpfe für die (organisierte) Arbeiter_innenschaft von Relevanz sind. York argumentierte, dass die gegenwärtige ökologische Krise nur gelöst werden kann, wenn der Kapitalismus selbst überwunden wird. Hierfür würde es auch notwendig werden, dass Umweltbewegungen soziale, und damit klassenrelevante Aspekte in ihrer Programmatik integrieren. Eine zentrale Herausforderung bestehe jedoch in der Herausbildung entsprechenden Klassenbewusstseins. Anschließend führte Markus Wissen aus, inwiefern die graduell intensivierte Beherrschung der Natur Klassenkonflikte historisch einhegen konnte. Dabei zog er analytische Verbindungslinien zwischen der Disziplinierung der Arbeiter_innen und der Ausbeutung von Natur.

Zum Abschluss der Tagung diskutierten die Teilnehmenden gemeinsam mit Bernd Riexinger (Berlin, Vors. Linkspartei), Nicole Mayer-Ahuja, Hans-Jürgen Urban (Frankfurt/M., IG Metall) und Christine Bauhardt (Berlin) darüber, wie Klassenverhältnisse und Klassenpolitik wieder Gegenstand breiter gesellschaftlicher Debatten und politischer Strategien werden können. Dabei waren sich die Podiumsgäste darin einig, dass sich eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit an den Erfahrungen der Lohnabhängigen orientieren müsse. Hierbei gehe es u.a. darum zu identifizieren, wo gemeinsame Interessen liegen. Zudem müsse ein Verständnis davon entwickelt werden, inwiefern die vorherrschende heterogene Klassenstruktur eine Konstituierung der ‚Klasse für sich‘ gegenwärtig verhindert und wie eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus im Sinne linker Politik entstehen könnte. Im Konkreten wurden hierbei u.a. die Rolle der Gewerkschaften und die Fragen, wodurch Klassenbewusstsein entsteht, welche sozialen Kämpfe als Klassenkämpfe zu verstehen und zu führen sind und, wie mit der Spaltung der Arbeiter_innenklasse politisch umgegangen werden soll, kritisch diskutiert.

Die Konferenz versammelte ein breites Publikum an Wissenschaftler_innen, Interessierten und politisch Aktiven, die durch ihre Debattenbeiträge, Fragen und Anregungen Voraussetzungen für eine weitere Diskussion darüber schufen, dass und wie ‚Klasse‘ und ‚Klassenpolitik‘ wieder fester Bestandteil linker Politik und kritischer Wissenschaft werden können. Die vielfältigen Zugriffe auf ‚Klasse‘ und

die theoretische Auseinandersetzung mit der Thematik bildeten dabei vieles dessen ab, was es braucht, um die Blackbox ‚Klasse‘ zu entschlüsseln. So leistete die Konferenz insgesamt zweierlei grundlegende Beiträge: einerseits wurde deutlich, wo gegenwärtig analytische und theoretische Blindstellen bestehen. Andererseits konnten einige Errungenschaften, welche die bisherige theoretische und empirische Beschäftigung mit Klassenverhältnissen bereits erreicht haben, dargelegt werden. Dennoch blieben einige zentrale Diskussionspunkte offen. Des Öfteren hieß es während der Tagung, die Arbeiter_innenklasse von heute sei „migrantischer, weiblicher, prekärer“ als noch vor knapp 60 Jahren. Doch was bedeutet das konkret? Wo können bspw. politische Schnittmengen und geteilte Interessen von prekär beschäftigten Freiberuflern und migrantischen Pflegekräften liegen? Welche Rolle kommt dem ‚klassischen‘ Industriearbeiter heute noch zu, wenn von einer ‚neuen‘ Klassenpolitik gesprochen wird? Und wodurch zeichnet sich eigentlich die herrschende Klasse aus? Diese und weitere polit-strategische sowie analytische Fragen blieben auch in den Diskussionen innerhalb der Workshops unterbelichtet, da es diesen Diskussionsformaten z.T. an der nötigen Arbeitsatmosphäre fehlte.

Einig waren sich die Konferenzteilnehmenden auch darin, dass die geteilte Erfahrung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht ausreichte, damit sich eine ‚Klasse für sich‘ herausbilde. Mehrfach hieß es zudem, man könne keine emanzipatorischen Klasseninteressen diagnostizieren, wo es eben keine gäbe. Das stimmt natürlich. Andererseits birgt eine solche Perspektive die Gefahr, dieses Feld rechten Kräften zu überlassen, die bereits heute Teile der Arbeiter_innenschaft spalten, indem sie bspw. die Ablehnung von Migration als ein objektives Klasseninteresse der Arbeiter_innenklasse behaupten.

Generell variierten die Beiträge zwar hinsichtlich ihres analytischen Gehalts und aktuellen Bezugs, nichtsdestotrotz steckte die Tagung wichtige Felder ab, die eine Klassentheorie und -analyse auf Höhe der Zeit produktiv zu bearbeiten hat. Damit bereitete sie den Weg, zukünftig intensiver über Vermittlungsmöglichkeiten und Synergien zwischen den hier präsentierten theoretischen und analytischen Ansätzen nachzudenken.

Janina Puder

Geschichte – Klassenkämpfe – Erinnerungspolitik

Erster Weltkrieg – ArbeiterInnenbewegung – herrschaftskritische Geschichtsschreibung. Kolloquium zur Erinnerung an Hans Hautmann, Wien, 24. November 2018

Im Juli vergangenen Jahres ist der Mitbegründer und langjährige Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft, Hans Hautmann, verstorben. In Würdigung seiner Verdienste um die Geschichtsschreibung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung veranstalteten die Alfred Klahr Gesellschaft, die Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz und die ITH (Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen) an der Univer-

sität Wien ein Kolloquium. Im Mittelpunkt standen historische wie aktuelle Fragen des Ringens der ArbeiterInnenbewegung, des Kampfes gegen die Reaktion wie einer nicht nur linken Erinnerungspolitik.

Claudia Kuretsidis-Haider (Wien) eröffnete die Veranstaltung mit einer kurzen Skizze über die Stationen des wissenschaftlichen Lebens von Hans Hautmann. Dieses ist eines der seltenen Beispiele für eine akademische Karriere eines kommunistischen Historikers in Österreich.

Winfried R. Garscha (Wien) berichtete über „Erinnerte und vergessene Justizverbrechen“. Die Auseinandersetzung mit den Justizverbrechen während des Ersten Weltkrieges war eines der großen Themen Hautmanns während der vergangenen Jahre. Garscha warf in seinem Vortrag die grundlegende Frage auf, wie „Justizverbrechen“ zu definieren seien. Wie unterscheiden sich diese von den Aktivitäten einer Justiz, die innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen eines politischen Systems Urteile fällt, die von Gegnern dieses Systems oder der Nachwelt als verbrecherisch beurteilt werden? Bei Justizverbrechen handelt es sich demnach um Fälle, in denen willkürliche Verurteilungen ausgesprochen werden oder die Todesstrafe aufgrund eines konstruierten Zusammenhangs verhängt wird. Während des Ersten Weltkrieges wurde eine bis heute unbekannt Anzahl an Menschen als potentielle Spione zum Tod verurteilt. In Serbien und Galizien wurden so Zehntausende Zivilisten nach Schnellverfahren hingerichtet, die sich nichts zuschulden kommen hatten lassen. Wohnort und nationale Zugehörigkeit wurden diesen Menschen zum Verhängnis. Die Justizmorde passierten auf dem Gebiet des ehemaligen Habsburgerreiches. Die geographische Ferne zu den Grenzen des heutigen Österreich trug dazu bei, dass die Justizverbrechen des Ersten Weltkrieges so lange „vergessen“ blieben.

Stefan Bollinger (Berlin) sprach über „verpasste Gelegenheiten“ bei den diversen Versuchen in mehreren europäischen Ländern, während der revolutionären Übergänge am Ende des Ersten Weltkrieges rätedemokratische Strukturen dauerhaft zu etablieren. Bollinger skizzierte einige dieser revolutionären Bewegungen und arbeitete Ähnlichkeiten und Unterschiede heraus. Die Forderungskataloge unterschieden sich regional und waren bestimmt durch die politischen Kräfte, die in den jeweiligen Rätestrukturen dominierten. Dabei konnten die Räte durchaus auch als revolutionäres Feigenblatt dienen und davon ablenken, dass die bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auch über den Bruch des Jahres 1918 hinaus unangetastet blieben. Zur Herausbildung von Klassenbewusstsein indes trugen diese Bewegungen in allen Fällen bei. Bollinger beschrieb die unterschiedliche Rezeption der Rätebewegung in der BRD, der DDR und in Österreich. Während bei der Auseinandersetzung in der DDR die Rolle der KPD im Zentrum stand, begann in der BRD erst mit der Studentenbewegung der 1960er Jahre eine nennenswerte Auseinandersetzung mit der Rätebewegung. Das Räteystem diente dabei nicht zuletzt als Projektionsfläche für Utopien bei der Suche nach Alternativen zum Staatssozialismus. Zum Ende seines Vortrags skizzierte Bollinger schließlich aktuelle Herausforderungen für die Linke vor dem Hintergrund der Räteerfahrungen. Den Kampf der Linken ge-

geneinander identifizierte er als entscheidendes Hindernis für neue erfolgversprechende Ansätze.

Danach berichtete *Rudolf Kropf* (Linz) über die Entstehungsgeschichte seines gemeinsam mit Hans Hautmann verfassten Standardwerks „Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945“¹. Das zuerst 1974 erschienene Buch erlebte drei Auflagen und einen Nachdruck und avancierte damit zu einem der meistverkauften wissenschaftlichen historischen Bücher in Österreich. Bis heute wird das Werk in geschichtswissenschaftlichen Seminaren wie in linken Lesekreisen rezipiert. Die zeitgenössische Fachpresse strich den neuen, sozialwissenschaftlich orientierten Ansatz des Buches heraus. In den 1970er Jahren entfaltete das Buch seine Wirkung aber auch in gewerkschaftlichen Kreisen. Die dritte Auflage wurde vorwiegend für den Einsatz in der Betriebsratsarbeit hergestellt.

Manfred Mugrauer (Wien) skizzierte die „Professionalisierung“ der KPÖ-Historiographie seit den 1970er Jahren, die eng mit dem Namen Hautmann verbunden ist. Bis dahin hatte es keine systematische Parteigeschichtsschreibung gegeben, nun begann eine quellenbasierte Herangehensweise. Die jungen Historiker studierten die Akten und pflegten eine wissenschaftliche Sprache bei der Beschreibung der Geschichte ihrer Partei. Mugrauer strich zudem heraus, dass die Publikationstätigkeit Hautmanns zeit seines Lebens mit Periodika in Zusammenhang stand, die von der KPÖ oder einer der ihr nahestehenden Organisationen herausgegeben wurden.

Die Veranstaltung endete mit der Lesung eines Textes von Hans Hautmann zum Thema Streik. Mit dem Vortrag des Textes durch die Arbeiterkammerrätin *Selma Schacht* (Wien) wurde ein Bogen zu den herbstlichen Streikaktivitäten in Österreich gegen arbeitsrechtliche und sozialpolitische Verschlechterungen durch die rechtskonservative Regierung geschlagen. Mit diesem aktuellen Bezug verwiesen die Veranstalter darauf, dass die Verknüpfung von wissenschaftlicher Tätigkeit und politischem Engagement das Wirken des Historikers Hautmann kennzeichnete.

Simon Loidl

Marx und die Gewerkschaften

Konferenz des Forums Gewerkschaften der Zeitschrift Sozialismus mit dem Vorstandsbereich 07 der IG Metall, Frankfurt am Main, 24. November 2018

2018, im 200. Geburtsjahr von Karl Marx, diskutierte alle Welt über die Aktualität dieses Denkers. So oder so – Marx hatte Konjunktur. Allerdings nicht bei den Gewerkschaften. Mit einer Ausnahme. Eine gut besuchte Konferenz im Haus des Vorstands der IG Metall in Frankfurt widmete sich der Frage: Ist

¹ Siehe Hans Hautmann/Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Wien 1974.

Marx ein toter Hund? Oder kann er noch ein nützlicher Ratgeber sein? Dazu referierten und diskutierten unter anderen *Frank Deppe*, *Heinz Bierbaum*, *Nicole Mayer-Ahuja*, *Klaus Dörre* und *Hans-Jürgen Urban*. Sie beleuchteten insbesondere Marx' Beiträge zur Gewerkschaftstheorie und fragten nach der Aktualität Marx' als Ökonom, als Arbeitspolitiker und als Ökologe sowie nach seinen Beiträgen zur Klassenpolitik.¹

Vor Jahrzehnten war es für die bundesdeutschen Gewerkschaften selbstverständlich gewesen, über Marx nachzudenken. Etwa zu Zeiten Otto Brenners. Noch in den 1960er Jahren gab es in den Gewerkschaften eine starke auf Marx bezogene Strömung, die durchaus Einfluss hatte. So gesehen war die Frankfurter Tagung immerhin ein Lichtblick, und die Gewerkschaften entgingen einer Blamage. Bezeichnend war aber, dass – abgesehen vom Kreis der Veranstalter – keine weiteren gewerkschaftlichen Repräsentanten, vor allem: keine Vorstandsmitglieder, an der Tagung teilnahmen. Bemerkenswerte Ausnahme: Franz Steinkühler, ehemaliger erster Vorsitzender der IG Metall.

Der Marx-Beschäftigung geht es nicht um vermeintliche allgemeine Wahrheiten. Marx mit seinen Theorien und Erkenntnissen inklusive seiner Irrtümer müsse immer konkret-historisch betrachtet werden, unterstrich *Frank Deppe*. Befassung mit Marx kann keine Scholastik sein, ergänzte *Klaus Dörre*. Was Marx im 19. Jahrhundert machte, müsse auch heute geleistet werden: Immer von den konkreten Verhältnissen ausgehen, sie verstehen, um sie ändern zu können. Dabei, so *Heinz Bierbaum*, dürfe man nicht bei moralischer Kritik stehen bleiben. Es reiche nicht aus, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bankenrettung nur die Gier der Finanzhaie anzuprangern. Von Marx könnten wir lernen, die Funktionsweise des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses in ihrer konkreten Erscheinungsform immer neu zu analysieren und die Triebkräfte der Mehrwert- und Profitproduktion zu verstehen.

Deppe richtete sein Augenmerk insbesondere auf Marx' Beiträge zur Gewerkschaftstheorie. Zu den in diesem Kontext bekanntesten Zitaten zählt sicherlich der berühmte Satz aus „Lohn, Preis und Profit“ von 1865 (MEW 16, 152), nämlich dass Gewerkschaften „gute Dienste“ tun im „Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals“, dass sie aber ihren Zweck verfehlen, wenn sie sich auf den „Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems“ beschränken, „statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern.“ Angesichts des enormen Drucks der kapitalistischen Globalisierung in Richtung auf schrankenlose Flexibilisierung und Prekarisierung lassen sich die Auswirkungen des kapitalistischen Grundwiderspruchs nur dann eindämmen, so *Deppe*, wenn die Gewerkschaften Stärke entfalten und parteipolitisch unabhängig agieren. Dem stellte er das ernüchternde Bild der weltweiten Schwäche und Orientierungslosigkeit der Gewerkschaften entgegen. Zentraler Konfliktpunkt in den Kämpfen und Ausei-

¹ Die Materialien der Tagung liegen jetzt als Buch vor: Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften? Antworten von Nicole Mayer-Ahuja, Heinz Bierbaum, Frank Deppe, Klaus Dörre und Hans-Jürgen Urban, VSA-Verlag, Hamburg 2019, 112 Seiten, 9,80 Euro.

nersetzungen von heute sei es, den Warencharakter der Arbeitskraft zurückzunehmen zu Gunsten von mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Und es sei die historische Verantwortung der Gewerkschaften, den zunehmenden Ängsten in der arbeitenden Bevölkerung mit sozialen und demokratischen Alternativen zu begegnen. Die Gewerkschaften müssten sich also auch daran messen lassen, welchen Beitrag sie gegen die Rechtsentwicklung leisteten.

Klaus Dörre spitzte diese These noch weiter zu. Statt des lähmenden politischen „weiter so“ brauchten wir eine produktive politische Polarisierung, einen Gegenpol, der überzeugend deutlich mache: Eine andere Gesellschaft ist möglich. Dörre weiter: Dazu braucht es intensive gesellschaftspolitische Debatten, und die Gewerkschaften müssten dabei eigentlich vorangehen. Davon sind sie weit entfernt. Der Bezug auf Marx' Kapitalismuskritik könnte ihnen hier Orientierung geben.

Marx als Kapitalismuskritiker war immer auch Arbeitspolitiker, unterstrich *Nicole Mayer-Ahuja*. Arbeitspolitik unter Vorzeichen der Rationalisierung und Flexibilisierung bedeute tendenziell eine immer weiter gehende Entgrenzung der Arbeit, der die Gewerkschaften Alternativen entgegensetzen müssten. Dies werde dadurch erschwert, dass der Kapitalismus immer neue Fragmentierungen und Spaltungen der Arbeiterklasse erzeuge. Diese seien heute nicht schlimmer als Marx sie gekannt habe, aber eben anders. Auch im globalen Maßstab gehe die Tendenz nicht zur Homogenisierung, sondern zu mehr Ungleichheit. Hier komme es immer darauf an, das Verbindende zu suchen. Sicherlich sei der Sozialstaat nationalstaatlich verfasst, betonte Mayer-Ahuja. Der Ruf, die Grenzen nun weniger durchlässig zu machen, sei aber eine Scheinalternative und schaffe neue Spaltungslinien zwischen drinnen und draußen. Aufgabe der Gewerkschaften sei es vielmehr, auch hier die gemeinsamen Interessen der Benachteiligten und Ausgebeuteten herauszuarbeiten und sie gegen die wirklichen Gegner aktiv zu vertreten.

Es werde oft vergessen, dass Marx – im Rahmen seiner Zeit – immer auch die ökologische Frage thematisiert habe, sagte Klaus Dörre. Darauf gebe es in seinen Arbeiten zahlreiche Hinweise, nicht nur in seinem berühmten Zitat im Kapital, der Kapitalismus untergrabe mit seiner Akkumulationsdynamik „zugleich die Springquellen allen Reichtums“, „die Erde und den Arbeiter“ (MEW 23, 530). Dies stelle sich heute sehr viel dramatischer dar als zu Marx' Lebzeiten und im globalen Maßstab.

Heute müsse anerkannt werden, dass der Kapitalismus nicht nur ökonomische Krisen erzeuge, sondern eine ökonomisch-ökologische Doppelkrise. Die Überlastung und Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft gehe einher mit Überlastung und Überausbeutung der natürlichen Stoffkreisläufe. Der herkömmliche kapitalistische Ausweg, ökonomische Krisen durch mehr Wachstum zu überwinden, funktioniere nicht mehr. Er erzeuge ungeahnte ökologische und letztlich auch wieder neue ökonomische Krisen. Hier stoße ein „weiter so“ kapitalistischer Politik letztlich an seine Grenzen. Damit seien auch die Gewerkschaften massiv gefordert.

Der ökologische Konflikt, so Dörre weiter, verläuft aber nicht entlang der

gleichen Trennlinie wie der ökonomische. Das macht es für die Gewerkschaften schwieriger, sich zu positionieren. Denn die herkömmlichen gewerkschaftlichen Instrumente zum Schutz der Arbeitskraft in ökonomische Krisen können ungewollt ökologische Krisen verschärfen. Der „bequeme“ Weg des strukturkonservativen Beharrens kann also zwar auf kurze Sicht ökonomische Erfolge zeitigen, wie es beispielsweise die IG BCE in ihrem Engagement für fossile Energieträger vormache. Er führe aber längerfristig in die politische Sackgasse. Hier sei die Fähigkeit vonnöten, visionär-gesellschaftsverändernd zu werden – für die Gewerkschaften bisher eine nicht bewältigte Herausforderung.

In seinem Schlussreferat fasst *Hans-Jürgen Urban* zusammen, auf welchen Feldern die Gewerkschaften „Ratschläge“ bei Marx einholen könnten – nicht im Sinne fertiger Rezepte, sondern im Sinne eines produktiven Instrumentariums für die Bewältigung aktueller Probleme.

Marx der Krisentheoretiker habe es für seine Zeit vorgemacht: Wenn die kapitalistischen Krisen kommen – und alles deute darauf hin, dass dies demnächst wieder so sein könnte – wenn also der Kampf um die Verteilung des gesellschaftliche Mehrprodukts schärfer und erbitterter werde, seien die Gewerkschaften gefordert, Kampfkraft zu entwickeln und Alternativen anzubieten. Auf diese Krisen der nahen Zukunft, so Urban, sind die Gewerkschaften hierzulande nicht vorbereitet. Zumindest würden sie in Tariffragen sehr viel mutiger werden müssen.

Marx war, so formulierte es Urban, auch „Arbeitsschützer“, wie von Nicole Mayer-Ahuja schon ausgeführt. Urban: Die Arbeit vor immer weiter gehender Leitungsverdichtung zu schützen, ist eine permanente Aufgabe der Gewerkschaften, das können sie bei Marx lernen. Das Kapital holt sich durch Leistungsverdichtung zurück, was ihm in Tarifkonflikten bei Löhnen und Arbeitszeitverkürzung abgetrotzt wurde.

Und schließlich hatte Marx auch einen Blick für Umweltpolitik und Ökologie. Was bedeutet das heute, fragte Urban. Auf der politischen Tagesordnung nach oben rückt die Debatte um ein neues, ökologisches und soziales Mobilitätskonzept – schwere Kost für eine Gewerkschaft, die aufs Auto gepolt ist. Aber nicht nur die IG Metall, die Gewerkschaften insgesamt sind in diesen Konflikten viel zu schwach, geben keine weitergehende umweltpolitische Orientierung, räumte Urban ein. Allerdings seien auch die Ökologiebewegungen schwach und könnten ihrerseits kaum Druck auf die Gewerkschaften ausüben.

Die Gewerkschaften müssten ihr politisches Mandat endlich wieder annehmen, so Urbans Fazit. Sie übten zu wenig Druck aus auf eine staatliche Politik, die zudem dreißig Jahre neoliberaler Deformierung hinter sich hat. Was den Gewerkschaften heute fehle, sei eine überzeugende Vorstellung davon, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Staat auch ganz anders gestaltet sein könnten als sie es heute sind. Dies sei der blinde Fleck linker Transformationsstrategien, nicht nur bei den Gewerkschaften. Insofern sind sie Teil der linken Defensive.

„Antidemokratische Konservative“

Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung,
Hamburg, 30. November bis 2. Dezember 2018

Die diesjährige Tagung der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“ (AkG) vom 30.11. bis zum 02.12.2018 fand an der Universität Hamburg unter dem Titel „Antidemokratische Konservative. Feinde einer offenen, solidarischen und gleichberechtigten Gesellschaft“ statt und hatte eben jene politische Strömung und die weltweit zu beobachtenden Erfolge ihrer jeweiligen Vertreter_innen zum Gegenstand. Dabei wurden Ursachen, Hintergründe und Folgen des globalen Rechtsrucks anhand verschiedener inhaltlicher Schwerpunkte auf Panels diskutiert, um dann in anschließenden Workshop-Phasen die benannten allgemeinen Entwicklungen auf bestimmte Länder bzw. Ländergruppen angewandt zu konkretisieren. Im Folgenden werde ich dabei ausschließlich über die Inhalte und Diskussionen der von allen Teilnehmer_innen besuchten Großpanels berichten. Darüber hinaus fanden noch diverse begleitende Vorträge, Diskussionen und Workshops im Rahmen der Tagung ab, auf die zwecks Beschränkung auf die wesentlichen Diskussionsstränge leider nicht eingegangen werden kann.

Auf dem Auftaktpanel wurden die zu beobachtenden Folgen für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie diskutiert, die eine Präsenz neurechter Kräfte in Parlamenten und Regierungen mit sich bringt. *Theresa Elena Gessler* (Europäisches Hochschulinstitut Florenz, PhD Researcher) stellte das in Ungarn praktizierte Konzept der illiberalen Demokratie vor, bei dem auf Basis eines völkischen Nationenverständnisses die Politik der Regierung Orbán mit dem nationalen Interesse gleichgesetzt und parallel dazu demokratische Willensbildungs-, Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Aus Kolumbien berichtete *Alke Jenss* (Universität Freiburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin) von einer 20 Jahre andauernden Durchsetzung neoliberaler Politik über technokratische Prozesse, bei der jeder Widerstand gewaltsam unterdrückt und ideologisch als Verrat an der nationalen Einheit attackiert wird. Zuletzt schilderte *Gülçin B. Coşkun* wie sich Erdogan in der Türkei, vermittelt über einen Ausbau staatskontrollierter Medien bei gleichzeitiger Einschränkung privater und kritischer Berichterstattung, des Instruments der Massenmedien bedient, um sich als Verkörperung des Volkswillens zu inszenieren. Deutlich wurde dabei, wie überall partikulare Herrschaftsinteressen vermittelt über das Konzept der Volkssouveränität bei gleichzeitiger Ausschaltung dessen demokratischer Bestandteile und Implikationen durchgesetzt werden.

Im ersten Panel am darauffolgenden Tag ging es dann um den Zusammenhang von Klassenverhältnissen und dem Aufstieg antidemokratisch-konservativer Kräfte. *Silke van Dyk* (Friedrich-Schiller-Universität Jena, Professorin für Politische Soziologie) stellte zunächst heraus, dass das gemeinsame aller neurechten Programmatiken ein neoliberalismuskritisches Angebot ist, welches

angesichts einer sich verstärkenden Marktkonkurrenz mit dem Versprechen aufwartet, beschädigte „ständische“ Privilegien wie z.B. von Geschlecht und Nation zu restaurieren. Entsprechend kritisch äußerte sie sich gegenüber linken Ansätzen, die eine ähnliche Trennung von Klassen- und Identitätspolitik vornehmen wollten. *Anne Engelhardt* (Universität Kassel, PhD Fellow) zeigte daraufhin u.a. am von der Frauenbewegung unterstützten gewerkschaftlichen Kampf gegen die Rentenreformen in Brasilien auf, wie eine antagonistische Politisierung von Klasse aussehen kann, die dabei nicht reduktionistisch auf Kosten identitätspolitischer Kategorien geht. Am Beispiel von Thailand und den Philippinen machte *Wolfram Schaffer* (Universität Wien, Dr.phil.) wiederum darauf aufmerksam, dass reaktionäre Bewegungen auch von den Mittelklassen einer Gesellschaft getragen werden. Eine Synthese von Klassen- und Identitätspolitik von links wurde in der Diskussion als zentrales Ziel benannt.

Das zweite Panel des Tages diskutierte dann die antifeministischen und patriarchalen politischen Bestrebungen der Neuen Rechten. *Thomas Gesterkamp* (Köln, Sozial- und Politikwissenschaftler, freier Journalist und Autor) benannte die Akteure des „Anti-Gender“ Diskurses als zwar sehr kleinteilige und wenig einheitlich agierende Szene, deren politische Agenda allerdings durch die AfD mittlerweile gebündelt auf die Straße und in die Parlamente getragen werde. Anhand des Länderbeispiels Polen verdeutlichte *Jennifer Ramme* (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, wissenschaftliche Mitarbeiterin) den Zusammenhang zwischen heteronormativer Familienpolitik und Nationalismus, wo Forderungen nach geschlechtlicher Gleichberechtigung und sexueller Selbstbestimmung mit einem Angriff auf die Nation gleichgesetzt werden, da diese sich maßgeblich durch die (heterosexuelle) Familie konstituieren würde. Anhand der Schilderungen von *Caren Mieseberger* (Berlin, freie Journalistin) über die zu erwartende Politik Bolsonaros in Brasilien wurde deutlich, dass eine reaktionäre Geschlechterpolitik und neoliberale Strukturereformen durchaus Hand in Hand gehen können. Allen Entwicklungen erkennbar gemeinsam war die Inanspruchnahme der Frau im Namen des Interesses der Nation.

Im letzten inhaltlichen Panel der Tagung wurden dann weltweite Migrationspolitiken sowie ihre Veränderungen durch den Aufstieg neurechter Kräfte thematisiert. Wie *Carolina Vestena* zu berichten wusste, kündigt sich in Brasilien unter Bolsonaro eine enorm repressive Verschärfung der Migrationspolitik an, die dabei auch erfolgreich an gewalttätige rassistische Traditionen noch aus der Zeit des Sklavenhandels anzuknüpfen vermag. *Zeynep Kivilcim* (Georg-August Universität Göttingen/Humboldt-Universität zu Berlin, Gastwissenschaftlerin) benannte klar die Verantwortlichkeit der liberalen Demokratien Europas für die systematische Verwehrgung von Bürgerrechten gegenüber Migrant_innen durch die Externalisierung der Migrationsabwehr sowie den neokolonialen Charakter dieser Praxis. Ähnliche Prozesse vollziehen sich auch innerhalb der EU, wo sich am Beispiel Ungarns nachvollziehen lässt, wie die Verknüpfung von EU-Beitritt und Etablierung eines „sicheren Drittstaats“ repressive Migrationspolitik weiter begünstigt und fördert. *Helge*

Schwartz (Universität Osnabrück, wissenschaftlicher Mitarbeiter) betonte, dass die antimigrantische Hegemonie in der BRD und die durch sie herbeigeführte Verschärfung des Migrationsregimes nicht unbedingt den Meinungsverhältnissen entspricht, sondern diese Kräfte es vor allem schaffen, sich als universell repräsentativ darzustellen.

Auf dem zusammenfassenden Abschlusspanel wurde dann vor allem versucht, aus den gesammelten Erkenntnissen strategische Konsequenzen für linke Politik und Wissenschaft zu ziehen. Gegenüber der rechten Aushöhlung des Demokratiebegriffs sei es notwendig, sich diesen von linker Seite aus wiederanzueignen und das Konzept einer radikalen Demokratie als Gegenentwurf stark zu machen. Auch eine stärkere Verwendung des Klassenbegriffs sowie darauf aufbauender Politikkonzepte seien in Zukunft unumgänglich, dürften dabei aber nicht gegen Themen und Kämpfe von Identitätspolitik ausgespielt werden. Zuletzt wurde auch die Dringlichkeit betont, sich innerhalb des Wissenschaftsbetriebes gegen rechtsautoritäre Tendenzen zu organisieren und Widerstand zu leisten.

Yannik Pein

68/18 – Geschichte wird gemacht

Kongress des Studierendenverbands Die Linke.SDS zum 50. Jubiläum von 1968, TU Berlin, 7. bis 9. Dezember 2018

Wie als heutiger sozialistischer Studierendenverband dem Erbe der 68er gerecht werden? Durch Exegese ihrer theoretischen Schriften oder Nachahmung ihrer Praxis? Durch penible historische Rekonstruktion – oder durch die Weiterführung ihrer Kämpfe mit dem Ziel, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch unterdrückt wird? Der Studierendenverband Die Linke.SDS entschied sich anlässlich des Jubiläums der 68er-Bewegungen für letzteres. Über 1400 Teilnehmer*innen waren der Einladung unter dem Motto „68/18 – Geschichte wird gemacht“ gefolgt.

Hochschulpolitik im engeren Sinne spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle. In einer der wenigen Veranstaltungen über Sozialistische Politik an neoliberalen Hochschulen von *Fabian Korner* (SDS-Bundesvorstand) und *Alex Demirovic* (Rosa-Luxemburg-Stiftung) wurde ein Herausdrängen kritischen Denkens aus den Hochschulen diagnostiziert. Die Antwort kritischer Studierender darauf müsse sein, selbstständig eigene Bildungsangebote zu schaffen. In der Veranstaltung „Naturwissenschaften und Marxismus“ mit *André Leisewitz* (Frankfurt) lieferte dieser einen Einblick in die um 68 laufenden marxistischen Debatten über das Mensch-Natur-Verhältnis. Gegen den bürgerlichen Wissenschaftspositivismus betonte er die Geschichtlichkeit von Wissenschaft und Technik. Diese seien eingebunden in die kapitalistische Produktionsweise und wäre daher mit den objektiven gesellschaftlichen Erkenntnisproblemen, die sich daraus ergeben, befasst.

Das Abschlusspodium des Freitags hatte die Linksfraktion im Bundestag im historischen Lichtspielhaus Babylon unter dem Titel 50 Jahre »1968«: Die Kunst,

Kämpfe um Emanzipation zusammenzuführen organisiert. *Jan Korte*, parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN im Bundestag, erklärte einleitend, dass der Abend der historischen Selbstvergewisserung diene, nahm positiv Bezug auf die Novemberrevolution als einer „Antikriegsrevolution“ und stellte sich und die Anwesenden in die Tradition des antiautoritären Flügels der 68er-Bewegung. *Gretchen Dutschke-Klotz*, ehemalige Aktivistin sowie Biografin und Witwe von Rudi Dutschke präsentierte anschließend Thesen, die ihre ungebrochen starke Prägung durch die Debatten des antiautoritären Flügels des historischen SDS zeigten. So wäre etwa die Arbeiterklasse in Deutschland als Subjekt historischer Veränderungen überholt, u.a. da sie durch gute Konsumgüterversorgung erfolgreich in den Kapitalismus integriert sei. Ihre Ausführungen wirkten vor dem Hintergrund des Neoliberalismus meist merkwürdig aus der Zeit gefallen. Die Soziologin *Silke van Dyk* (Jena) wandte sich anschließend in ihrem Referat gegen das Ausspielen der Klassenfrage gegen Geschlechterfragen und Rassismus. *Nicole Gohlke*, hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, referierte über Strategien im Kampf gegen Rechtsruck und autoritären Neoliberalismus: Die soziale Frage müsse stets mit Fragen der Unterdrückung durch Rassismus und Sexismus verbunden werden. Die langjährige SDS-Bundesgeschäftsführerin *Bettina Gutperl* sprach abschließend über Studierende als Subjekte im heutigen Kapitalismus und stellte die gewachsene Heterogenität und Prekarisierung der Studierenden heute im Vergleich zu 1968 dar.

Positiv auffällig war, dass der SDS entgegen der sonst üblichen Logik parteinaher Strukturen für seine zentralen Abend- und Abschlussveranstaltungen nicht auf die große Parteiprominenz setzte. So war zwar mit *Bernd Riexinger*, *Katja Kipping* und *Janine Wissler* bundesweite Prominenz der LINKEN beim Kongress anwesend. Die Veranstaltungen mit ihnen waren aber nicht im Programm herausgehoben, sondern mussten mit einer Reihe parallel stattfindender Veranstaltungen um die Aufmerksamkeit der Kongressteilnehmer*innen konkurrieren. Die im Verband vertretene strategische Leitlinie, Gegenmacht von Unten aufzubauen, spiegelte sich damit auch in der Auswahl der Referent*innen für das Abendpodium wieder.

Zur Veranstaltung mit *Didier Eribon* unter dem Titel „On Shame, Emancipation and the intellectuals' work“ am Samstag kamen hunderte Interessierte. Themen des Samstagnachmittags waren darüber hinaus unter anderem die Politische Ökonomie der Medien, Kultur und Gegenkultur 1968 und ein Vergleich der nationalen Befreiungsbewegungen Vietnams und Kurdistans. *Frank Deppe* (Marburg) sprach in einem gut besuchten Panel über „1968: Zeiten des Übergangs“ mit einem Plädoyer für neue Klassendiskussion und -bewegungen.

Das Abschlusspodium des Samstagabends fand im geschichtsträchtigen Audimax der Technischen Universität statt, in dem bereits Rudi Dutschke auf dem Internationalen Vietnamkongress des historischen SDS referiert hatte – hinter ihm ein Transparent mit der Aufschrift „Die Pflicht eines jeden Revolutionärs ist es die Revolution zu machen.“ Der heutige SDS überschrieb seine Veranstaltung mit dem Titel „Aufstand der Solidarität: Von Menschen die Grenzen einreißen“. Zu

Wort kamen dabei Aktivist*innen unterschiedlicher sozialer Bewegungen. So etwa *Miguel Darte*, der davon berichtete, wie es sein Leben änderte, an Bord des zivilen Seenotrettungsschiffs *Iuventa* flüchtende Menschen aus dem Mittelmeer zu retten, und eine Streikaktivistin von *Rynair*, die mit anderen einen Tarifvertrag erstritten hatte. In ihrer Abschlussrede widmete sich die SDS-Bundesgeschäftsführerin *Rhonda Koch* bildhaft und zugleich präzise der internationalen Klassengesellschaft, der Entfremdung in dieser, sowie dem Widerspruch zwischen Kapital und Leben – und ließ doch keinen Zweifel, dass bereits heute Hunderttausende selbstbewusst Geschichte schreiben und sie nichts davon abhalten kann.

Der Kongress kooperierte u.a. mit dem *Jacobin Magazine* (Diskussion von *Jacobin*-Gründer *Bhaskar Sunkara* mit *Ines Schwerdtner* vom deutschen „*Ada*“-Magazin über *Old Left, New Media? Jacobin and The Revival of Socialist Publishing*). Weitere Kooperationspartner: „*neues deutschland*“ (Debatte zu linke Medien im Rechtsruck) „*Freitag*“ und „*Rosa-Luxemburg-Stiftung*“ (Debatten mit internationalen ReferentInnen, unter anderem zur Praxis von Frauenstreiks).

Als Teil eines Kulturprogramms, das in Kooperation mit dem Berliner Theater- und Kulturhaus *Sophiensäle* organisiert worden war, wurde u.a. ein Werk des afroamerikanischen homosexuellen Musikers *Julius Eastman* aufgeführt, der in den späten 60er bis in die frühen 80er aktiv war. Im Rahmen des begleitenden Kino-programms wurden die Filme „*We Want Sex*“ (Streik der Näherinnen in den Ford-Fabriken von *Dagenham 1968*) und „*I Am Not Your Negro*“ (Biografie des Sozialkritikers und Autors *James Baldwin*, zugleich Dokumentation der Rassendiskriminierung und des *Civil-Rights-Movement* in den USA) – gezeigt.

Ergänzt wurde das vielfältige Programm durch Praxis-Workshops, etwa zu den Themen *Kritische Männlichkeit*, *Theater der Unterdrückten* oder *ziviler Ungehorsam*. Angebote zur praktischen Vernetzung gab es hingegen wenige. Auch endete der Kongress mit keiner Resolution, womit der Kongress kaum praktische Konsequenzen nach sich zog. Allgemein wurde mit dem Kongress nur eine vage politische Orientierung auf Kämpfe von Unten und für eine Gleichwertigkeit der Kämpfe gegen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus vermittelt.

Die Abschlussveranstaltung des Kongresses sollte vor allem Begeisterung für anstehende politische Kämpfe wecken. Es sprachen u.a. *Tariq Ali* zur Bedeutung des Internationalismus, *Kenja Felger* (SDS-Bundesvorstand), *Winnie Wong* (*The People for Bernie Sanders-Campaign*) und *Jessica Barnard* (*Momentum*). Den beiden letzteren gelang es, die Chance sozialistischer Regierungen in Großbritannien und den USA realistisch erscheinen zu lassen und die Zuhörenden zu begeistern.

Das Kürzel SDS trägt der Studierendenverband von *DIE LINKE* in bewusster Ablehnung an den historischen SDS, welcher in der 68er Bewegung eine zentrale Stellung einnahm. Der jetzige Sozialistische-Demokratische Studierendenverband steht jedoch in keinem organisatorischen Zusammenhang zum historischen Sozialistischen Deutschen Studentenbund, der sich Jahrzehnte vor der Gründung des aktuellen SDS auflöste.

Alexander Hummel